

# Weinstädter Erklärung

## Präambel

Der Rems-Murr-Kreis steht für Nachhaltigkeit, Naturverbundenheit und eine lebens- und liebenswerte jahrhundertealte Kulturlandschaft, die in weiten Teilen vom traditionellen Weinbau geprägt wird. Viele Wengerterfamilien leben seit Generationen von der Weinerzeugung und geben ihr Wissen von Generation zu Generation weiter. Gastronomie, Hotellerie und Tourismus gehen mit der Kulturlandschaft Wein Hand in Hand. Auch für viele Unternehmen im Rems-Murr-Kreis stellt der Weinbau einen wichtigen weichen Standortfaktor dar, ebenso wie für Vereine und das Ehrenamt. Der Rems-Murr-Kreis lebt vom Wein und mit dem Wein. Gerade für die Menschen im Rems-Murr-Kreis stellen unsere Weinberge die Identität unserer Heimat dar.

Das von der Europäischen Kommission geplante vollständige Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln in Schutzgebieten und sogenannten „sensiblen Gebieten“ hätte für diese Kulturlandschaft und alle, die mit ihr und von ihr leben, gravierende Konsequenzen. Der konventionelle Weinbau im Rems-Murr-Kreis würde mit diesen strengen Vorschriften ebenso zum Erliegen kommen wie der biologische Weinbau, da rund zwei Drittel der Rebflächen nicht mehr bewirtschaftet werden könnten – auch nicht bei ökologischer Bewirtschaftung, die nicht ohne den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln auskommt. Für sehr viele Weinbaubetriebe – Bio und konventionell – würde eine solche Regelung existenzbedrohende Folgen nach sich ziehen, ebenso für Betriebe in anderen Bereichen der Landwirtschaft, des Gartenbaus sowie des Obst- und Gemüsebaus. Dies wäre mit negativen Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft verbunden.

**Vor diesem Hintergrund formulieren wir gemeinsam die folgenden Positionen und Forderungen, die wir an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament sowie an die Bundesregierung richten:**

1. Wir bekennen uns zum Schutz unserer Natur, unserer Umwelt und unserer Landschaft. Auch der Erhalt der Biodiversität liegt uns am Herzen. Pflanzenschutzmittel sollten immer nur in so geringen Mengen wie möglich und so vielen Mengen wie nötig eingesetzt werden. So praktizieren es die Wengerter seit

Jahrzehnten, allein schon aus betriebswirtschaftlichen Gründen und natürlich auch aus ökologischer Verantwortung. Eine intakte Natur und deren Erhalt ist die Grundlage dafür, dass alle, die von ihr leben, ihren Beruf erfolgreich ausüben können. Unsere Wengerterfamilien sind seit Jahren bestrebt, sich weiterzuentwickeln und sind sich ihrer ökologischen Verantwortung bewusst und nehmen hier eine Vorreiterrolle ein.

2. Doch gänzlich ohne Pflanzenschutz geht es nicht – auch im ökologischen Weinbau werden etwa bei Pilzkrankheiten Mittel wie Backpulver, Schwefel und Kupfer benötigt. Schädlinge und Erkrankungen wird es immer geben. Die Wengerter brauchen einen Werkzeugkasten an die Hand, der ihnen auch weiterhin die Verwendung bestimmter Mittel und Stoffe garantiert, ohne dabei auf bürokratische Genehmigungsverfahren zu stoßen.
3. Württemberg, insbesondere der Rems-Murr-Kreis, gilt als aufstrebendes und innovatives Anbaugebiet mit vielen jungen und talentierten Winzerinnen und Winzern. Sie zeigen ihre Verantwortung gegenüber der Natur; viele von ihnen haben im Bereich des Bioweinbaus Pionierarbeit geleistet. Würden die Pläne der Europäischen Kommission ohne Korrektur zur Umsetzung gelangen, würden diese Bemühungen zunichtegemacht und die innovativen Weinbaubetriebe vor den Kopf gestoßen.
4. Wir fordern Unterstützung und Förderung bei der Suche und Erprobung von Möglichkeiten, wie der Weinanbau in Schutzgebieten sinnvoll und zum beiderseitigen Nutzen vorangebracht werden kann. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass es in vielen Bereichen ein großes Innovationspotential gibt, sei es bei neuen Züchtungen, Züchtungstechnologien, neuen Pflanzenschutzmitteln, dem Einsatz von Digitalisierung oder auch der Anpflanzung neuer, pilzwiderstandsfähiger Rebsorten. Diese Möglichkeiten gilt es zuerst auszureizen, bevor ein radikales Totalverbot von Pflanzenschutzmitteln ohne eine Diskussion von Alternativen durchgesetzt wird.

5. Die Wengerter haben in den vergangenen Jahren bei der Ausweisung von neuen Schutzarealen in ihren Weinbergen zahlreiche Zugeständnisse unter der Zusage gemacht, dass ihnen dadurch keine Nachteile entstehen würden. Wenn ihnen jetzt durch neue Regelungen de facto Bewirtschaftungsbeschränkungen auferlegt werden, wird zukünftig keine Unterstützung für freiwillige Maßnahmen im Bereich des Naturschutzes mehr einzuholen sein.
6. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich klar zu positionieren – im Deutschen Bundestag, auf europäischer Ebene sowie in der Öffentlichkeit. Ein tatenloses Zusehen und Abwarten, wie sich der Vorschlag der Europäischen Kommission im Verlauf der kommenden Monate weiter entwickeln könnte, wird keine vernünftige Lösung bringen, die für die Beteiligten hinnehmbar sein wird.
7. Wir fordern die angemessene Berücksichtigung dessen, was in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedsstaaten im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes bereits erreicht wurde. Beispielhaft dafür steht das in Baden-Württemberg entstandene Biodiversitätsstärkungsgesetz, bei dem im Dialog mit den Beteiligten Lösungen gefunden werden konnten zu Wohle der Natur. In Deutschland gelten zudem im europäischen Vergleich bereits weitaus strengere Vorschriften und – gemessen an der Gesamtfläche – wurden bereits deutlich mehr Gebiete zum Schutz von Natur und Umwelt ausgewiesen. So sind viele Pflanzenschutzmittel in Deutschland schon lange nicht mehr zugelassen, während diese in anderen Mitgliedsstaaten der EU noch eingesetzt werden dürfen. Auch diese Wettbewerbsverzerrung muss die Europäische Kommission berücksichtigen. Ebenso müssen Standards wie Sachkundenachweise, Fortbildungen und Überprüfungen europaweit harmonisiert werden.
8. Wir fordern die EU-Gremien dazu auf, auch den Grundgedanken der Ernährungssicherheit zu berücksichtigen. Die vergangenen Monate haben gezeigt, wie wichtig es in Krisenzeiten sein kann, einen hohen Selbstversorgungsgrad bei der Lebensmittelherstellung aufzuweisen. Wir dürfen dabei keinesfalls in ähnliche Abhängigkeiten gelangen wie bei der Energieversorgung oder der

Medizinproduktion. Die Ernährungssicherung muss europäischer Schutzgedanke werden, wie bereits der Naturschutz und der Tierschutz.

9. Wir fordern die Europäische Kommission dazu auf, zügig eine Gesetzesfolgenabschätzung vorzunehmen. Die Folgen des Vorschlags in der jetzigen Form würden das Aus für eine gesamte Branche bedeuten und sich auch über den Weinbau hinaus negativ auf die wünschenswerte regionale Erzeugung und Vermarktung von Produkten auswirken. Die Lage für die Weinbaubetriebe ist dadurch existenzbedrohend geworden. Sie brauchen stattdessen vielmehr schnellstmöglich langfristige Perspektiven und Planungssicherheit für sich und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch im Hinblick auf Investitionen, die Regelung von Betriebsnachfolgen und den Kauf und die Pachtung von Rebflächen. Ein Rückgang der Weinerzeugung in Deutschland würde im Übrigen zu einem verstärkten Import aus Ländern mit geringeren Umweltschutzstandards bei der Weinproduktion führen. Für das Klima und die Umwelt wäre dies insgesamt schädlicher.

### **Unterzeichner**

Gert Aldinger	Fellbach
Sebastian Aldinger	Fellbach
Dietmar Bauer	Stuttgart
Sonja Beck	Stuttgart
Ulrich Bellon	Kernen i.R.
Konrad Bellon	Kernen i.R.
Eberhard Beurer	Fellbach
Heinz Beutel	Remshalden
Steffen Bilger MdB	Ludwigsburg
Rainer Bubeck	Stuttgart
Steffen Bubeck	Stuttgart
Gerhard Daubenschmid	Fellbach
Ahmad Dianati	Rudersberg
Andreas Dobler	Weinstadt

Markus Dobler	Weinstadt
Lukas Edelmaier	Kernen i.R.
Andreas Ellwanger	Remshalden
Sven Ellwanger	Weinstadt
Yvonne Ellwanger	Weinstadt
Erster Bürgermeister Thorsten Englert	Schorndorf
Christian Escher	Schwaikheim
Christian Felger	Weinstadt
Günther Ferber	Aspach
Richard Fischer	Winnenden
Christian Gehring MdL	Kernen i.R.
Günter Häcker	Weinstadt
Jakob Häcker	Großheppach
Ernst Häcker	Weinstadt
Christian Häußler	Leutenbach
Konrad Häußler	Winnenden
Weinkönigin Carolin Häußler	Aspach
Markus Heid	Fellbach
Bernd Hettich	Stuttgart
Markus Hofmeister	Fellbach
Werner Hundt	Weinstadt
Marcel Idler	Weinstadt
Bürgermeister Christoph Jäger	Großerlach
Rolf Kappler	Rudersberg
Stefanie Karpf	Kernen i.R.
Christoph Klopfer	Weinstadt
Alexander Klöpfer	Winnenden
Andreas Knauß	Weinstadt
Bürgermeister Ronald Krötz	Alfdorf
Daniel Kuhnle	Weinstadt
Staatssekretär Siegfried Lorek MdL	Winnenden
Julian Lorenz	Schwaikheim
Claus Mannschreck	Weinstadt

Matthias Mayerle	Remshalden
Nina Mayerle	Remshalden
Christian Medinger	Kernen i.R.
Barbara Medinger-Schmid	Kernen i.R.
Sven Mödinger	Weinstadt
Bürgermeister Reinhard Molt	Remshalden
Bürgermeister Jochen Müller	Korb
Stefan Munk	Weinstadt
Jürgen Off	Fellbach
Bürgermeister Benedikt Paulowitsch	Kernen i.R.
Franz Plappert	Fellbach
Marc Puster	Kernen i.R.
Wilfried Rapp	Esslingen
Marcel Ritter	Korb
Christian Schaal	Weinstadt
Oberbürgermeister Michael Scharmann	Weinstadt
Christian Schmid	Kernen i.R.
Robert Schuler	Rudersberg
Andreas Schwarz	Aspach
Stefanie Schwarz	Stuttgart
Markus Schwarz	Stuttgart
Ludwig Schwarz	Stuttgart
Aaron Schwegler	Korb
Ernst Schwegler	Weinstadt
Frank Seibold	Fellbach
Manfred Seibold	Fellbach
Thomas Seibold	Fellbach
Achim Stilz	Weinstadt
Christina Stumpp MdB	Waiblingen
Thomas Wahler	Weinstadt
Christine Warth-Bürkle	Stuttgart
Weingärtnergenossenschaft Aspach	Aspach
Andreas Wersch	Kernen i.R.

Anja Wilhelm  
Fabian Zahlecker  
Christian Zaiß  
Armin Zimmerle  
Gerald Zwicker

Weinstadt  
Fellbach  
Stuttgart  
Weinstadt  
Stuttgart